

Isidro López / Emmanuel Rodríguez

---

## Das spanische Modell

Bis zum Jahr 2008, als die aktuelle Krise auch in Spanien voll durchschlug, wurde die spanische Ökonomie von westlichen Kommentatoren und Beobachtern gemeinhin bewundert.<sup>1</sup> Voll blumiger Metaphern schrieb die Finanzpresse in den 1990ern und 2000ern, dass die Potenz des spanischen Bullen die Trübsal blasenden Löwen des „alten Europa“ bei weitem übertreffe. Zwischen 1995 und 2005 wurden in Spanien sieben Millionen Arbeitsplätze geschaffen und die Wirtschaft wuchs um fast vier Prozent jährlich; bis 2007 verdreifachte sich das nominale Vermögen der Haushalte. Spaniens Spezialisierung auf Branchen wie Tourismus und Immobilienwirtschaft schien perfekt in das Zeitalter der Globalisierung zu passen. Diese wiederum schien es gut zu meinen mit Spanien. Angesichts steigender Immobilienpreise boomte die Bauindustrie: zwischen 1997 und 2007 schnellten die Preise um 220 Prozent in die Höhe, der Wohnungsbestand wuchs um 30 Prozent bzw. um nicht weniger als sieben Millionen Häuser Einheiten. Die spanische Selbstwahrnehmung, einfach nur das größte Land der europäischen Peripherie zu sein, wurde von einem neuen Gefühl der Modernität abgelöst. Nicht nur konnte Spanien zu europäischen Standards aufschließen, sondern es übertraf diese in vielerlei Hinsicht sogar noch – zumindest wenn man die spanische Dynamik mit den ‘Rigiditäten’ der Kernländer der Eurozone verglich. Nimmt man noch den Wahlsieg des jugendlichen José Luis Rodríguez Zapatero aus dem Jahr 2004 hinzu, der die Sozialistische Partei wieder an die Regierung brachte, sowie die Effekte solch ‘modernisierender’ Gesetze wie dem zur Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe, dann hatte die spanische Mischung den Geschmack eines jungen Rotweins: extrem robust am Gaumen.

Dieses Image wurde durch die aktuelle Finanzkrise komplett zerstört – und die Folgen der spanischen Krise für Europa sind noch nicht abzusehen. Das Land

---

1 Dieser Artikel fasst die zentralen Arbeitsergebnisse der Forschungs- und Aktivistengruppe Observatorio Metropolitano Madrid zusammen, die zuerst erschienen sind als *Fin de ciclo. Financiarización, territorio y sociedad de propietarios en la onda larga del capitalismo hispano (1959-2010)*, Madrid 2010. Die der deutschen Version zugrundeliegende englische Übersetzung von Brian Anglo erschien in *New Left Review* Nr. 69, Mai/Juni 2011, sie wurde durch einen Epilog ergänzt.

wandelt auf den Spuren von Griechenland, Irland und Portugal und befand sich zuletzt mehrmals kurz davor, als Notfall für die Eurozone eingestuft zu werden. Die Bauindustrie, die 2007 fast ein Zehntel des BIP erwirtschaftet hatte, ist massiv geschwächt. Der Überhang an unverkauften Häusern und Wohnungen stellt selbst irische Verhältnisse in den Schatten, und dem halb-öffentlichen Spar- und Kreditsektor steht das Wasser bis zum Hals. Der Zusammenbruch des Immobilienmarktes hatte Auswirkungen auf die gesamte Ökonomie: Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei über 20 Prozent, in der Gruppe der unter 25-Jährigen ist sie sogar mehr als doppelt so hoch. Drakonische Sparmaßnahmen sollen das Haushaltsdefizit von derzeit über zehn Prozent des BIP auf drei Prozent im Jahr 2013 drücken, doch dies trägt noch erheblich zur Vertiefung der Rezession bei. Die Krise erhöht auch den Druck auf Spaniens dezentrales Regierungssystem, denn ein großer Teil der öffentlichen Gelder wird von den 17 Autonomen Gemeinschaften verwaltet<sup>2</sup>; in Katalonien und anderen Regionen sind die Haushalte im Defizit. Darüber hinaus hat die Ermüdung des spanischen Bullen Auswirkungen für die Eurozone als Ganzes. Die Bevölkerung Spaniens ist mit über 45 Millionen Einwohnern fast doppelt so groß wie die von Griechenland, Irland und Portugal zusammen, und mit einem BIP von 1.409 Mrd. US-Dollar ist Spaniens Ökonomie die viertgrößte in der Eurozone, verglichen mit Griechenlands 305 Mrd., Irlands 204 Mrd. und Portugals 229 Mrd. US-Dollar. Sollte Madrid bei der Zahlung seiner Schulden in Schwierigkeiten geraten, so könnte das Ausmaß eines notwendigen Rettungspakets die Eurozone leicht überfordern. Deren aktuelle Taktik mit der verschuldeten EU-Peripherie umzugehen beschränkt sich weitgehend auf die Vergabe konditionierter IWF/EZB-Kredite. Diese wurden an Griechenland, Irland und Portugal mit dem Ziel vergeben, ihnen über die Krise hinwegzuhelfen und zugleich die großen deutschen, französischen und britischen Banken vor den Auswirkungen der Krise zu schützen. Im Fall Spaniens hat man bislang darauf gesetzt, dass das spanische Wirtschaftsmodell mit einer Mischung aus Sparmaßnahmen und Arbeitsmarktreformen in einer verschlankten und gestärkten Form reanimiert werden kann. Aber ist diese Einschätzung realistisch?

## Falangistische Architekten

Die Genealogie des makro-ökonomischen Modells in Spanien ist komplex, man könnte auch sagen: von ironischer Qualität. Seine Ursprünge liegen in der Modernisierungspolitik der Franco-Diktatur der späten 1950er Jahre, die auf der

---

2 Politisch ist Spanien in 17 Autonome Gemeinschaften (spanisch: Comunidades Autónomas) untergliedert (A.d.R.).

Förderung des Massentourismus aus Nordeuropa und der radikalen Expansion des privaten Wohnungsmarktes beruhte. Angesichts der Tatsache, dass der Wirtschaftsboom im übrigen Nachkriegseuropa vor allem auf einem Wachstum der produzierenden Industrie beruhte, stellte die spanische 'Lösung' für das Problem der Wettbewerbsschwäche der heimischen Industrie eine bemerkenswerte Anomalie dar. Aber wie Francos Wohnungsbauminister, der Falangist José Luis Arrese, 1957 feststellte: *Queremos un país de propietarios, no de proletarios* – 'wir wollen ein Land der Eigentümer, nicht der Proletarier'. Dieser Thatcherismus *avant la lettre* sollte zu einer grundlegenden Transformation des spanischen Immobilienmarktes führen: Während Mietwohnungen in den 1950er Jahren noch die Norm darstellten, waren in den 1970ern bereits über 60 Prozent der Häuser und Wohnungen in Privatbesitz. Diese Quote stieg bis Anfang der 1990er Jahre auf ca. 80 Prozent an und erreichte 2007 einen Wert von nahezu 90 Prozent.

Das Erbe der Franco-Diktatur und der enorme Mangel an Industriestruktur waren jedoch keine gute Voraussetzung, um in dem sich verschärfenden internationalen Wettbewerb zu bestehen. Die Weltwirtschaftskrise von 1973 traf Spanien daher stärker als die meisten anderen europäischen Länder und überschritt sich zudem mit der politischen Übergangsphase, die 1975 auf Francos Tod folgte. Doch die parlamentarische Demokratie brachte keinen Wechsel der makro-ökonomischen Politik. Die sozialdemokratische Partido Socialista Obrero Español (PSOE), die unter Felipe González von 1982 bis 1996 ohne Unterbrechung an der Regierung war, hatte kein alternatives Modell zu bieten. Stattdessen basierte die Wiederbelebung der Ökonomie in den 1980ern auf der Vertiefung der existierenden spanischen 'Spezialisierungen' auf Tourismus, Immobilien- und Bauwirtschaft. In der sich entwickelnden globalen Ökonomie mit ihrer hohen Kapitalmobilität und einer wachsender Konkurrenz um Finanzeinkommen meinte man in diesen Branchen 'Wettbewerbsvorteile' zu besitzen.

In den Verhandlungen, die dem Beitritt Spaniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) vorausgingen, unterstützten die anderen europäischen Staaten faktisch diese wirtschaftspolitische Linie. In den Verträgen, die eine Art strategische Agenda für das Land konstituierten, akzeptierte die Regierung González die teilweise Deindustrialisierung Spaniens und erhielt dafür extrem großzügige europäische Subventionen. Von 1986 bis 2004 beliefen sich diese im Durchschnitt auf jährlich ein Prozent des spanischen BIP. Wie wir noch sehen werden, spielten diese Mittel eine Schlüsselrolle beim Aufbau der Infrastruktur (Transport, Energie etc.), die dem späteren Bauboom zu Grunde lag – über die Hälfte der Subventionen floss in diesen Bereich. Im Vorfeld des Beitritts am 1. Januar 1986 kam es zu einer rasanten Welle an Auslandsinvestitionen, da das europäische Kapital die Gelegenheit zu profitablen Geschäften erkannte. Multinationale Konzerne aus Deutschland, Frankreich und Italien erlangten

dabei Schlüsselpositionen in der Produktionsstruktur. Sie kauften die meisten der großen Lebensmittelkonzerne, öffentliche Betriebe, die privatisiert wurden, einen großen Teil des Supermarktsektors und die noch existierenden großen Industriebetriebe. Nur Banken, Baufirmen und die öffentlichen Elektrizitäts- und Telekommunikationsmonopole erwiesen sich gegenüber dem Ansturm auf das spanische Produktivvermögen als immun.

Das Ergebnis dieser Investitionswelle – die zu der ersten andauernden Wachstumsperiode nach 1973 führte – war ein schnelles Überhitzen der Märkte. Zwischen 1986 und 1989 erlebte die Madrider Börse Zuwächse von 200 Prozent und der Immobilienmarkt wurde zu einem der weltweit profitabelsten. Ähnlich wie in den USA unter Reagan und in Großbritannien unter Thatcher stellte Spaniens ökonomischer Zyklus unter González 1985 bis 1991 den ersten Versuch in Kontinentaleuropa dar, Wirtschaftswachstum via Finanz- und Immobilienblasen zu erzeugen und dadurch die Binnennachfrage ohne nennenswerte industrielle Expansion zu steigern (Naredo 1996). Die Euphorie hielt allerdings nicht lange an. Das wachsende Außenhandelsdefizit und der Mangel an solidem Wachstum führten zu spekulativen Attacken auf die spanische Peseta, deren Wert die Regierung mit allen Mitteln zu halten versuchte. Auch die pompösen Öffentlichkeitskampagnen rund um die Olympischen Spiele in Barcelona und die Weltausstellung in Sevilla im Jahr 1992 konnten die Rezession nicht verhindern – es folgte eine Reihe aggressiver Währungsabwertungen. In den frühen 1990ern musste die spanische Ökonomie sich wieder einmal auf die Suche nach neuen Wegen zum Wachstum begeben.

## Euro-Aufschwung

Von nun an jedoch wurde Spaniens makro-ökonomische Politik zunehmend auf europäischer Ebene bestimmt. Vor allen Dingen wurde sie – mit voller Unterstützung sowohl der PSOE-Regierungen wie auch der konservativen Opposition der Partido Popular (PP) – durch den Rahmen der für die Währungsunion geschaffenen Konvergenzkriterien sowie durch die neoliberale Ausrichtung des Vertrags von Maastricht und seiner Nachfolgeabkommen strukturiert. Die durch Maastricht vorgegebene Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, die Anti-Inflations-Politik und die Deregulierung des Arbeitsmarktes erlaubten eine Erholung der Profitraten, doch angesichts Europas eher flauer Ökonomien erzeugten sie neue Probleme der Nachfragestimulierung. Die Geschwindigkeit, mit der sich die spanische Wirtschaft ab 1995 erholte – zwischen 1998 und 2000 verzeichnete Spanien ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von fünf Prozent pro Jahr –, lässt sich jedoch nicht allein durch die Verabreichung neoliberaler Rezepte

erklären. Vielmehr hatte das enorme Wachstum seinen Grund darin, dass die neue Phase der Immobilien- und Finanzentwicklung eine Reihe von inhärenten Widersprüchen (zumindest temporär) löste, die auf der chaotischen Artikulation der neoliberalen Politiken selbst beruhten.

Vier Faktoren erwiesen sich dabei als zentral. Zum einen die niedrigen Zinsraten, da Maastricht und die Kontrolle der öffentlichen Defizite zu einem kontinuierlichen Fall der Kreditzinsen führten. Auch die Nachfrage der großen Finanzunternehmen trug dazu bei, denn diese waren stark daran interessiert, ihre neuen Produkte (wie Pensions- und Investmentfonds) zu vermarkten. War Spanien früher das Land mit den höchsten Zinsen Europas gewesen, so wurde es nun zu demjenigen mit der höchsten internen Verschuldung auf dem Kontinent. Zweitens konstituierten die Währungsunion und die endgültige Aufnahme Spaniens in die Eurozone von 1999 bis 2002 einen internationalen Rahmen, welcher der spanischen Ökonomie nach außen eine starke Kaufkraft verlieh. Der relative Bilanzüberschuss der EU reduzierte zudem die Bedeutung des Defizits in der spanischen Leistungsbilanz. Drittens besiegelte die Liberalisierungspolitik der EU die Privatisierung der öffentlichen Betriebe Spaniens in strategischen Branchen wie Elektrizität und Telekommunikation. Schließlich eröffnete die Privatisierungspolitik in vergleichbaren Branchen in Lateinamerika – oftmals in der Folge IWF-gesteuerter Strukturanpassungsprogramme – führenden spanischen Firmen die Möglichkeit der Internationalisierung ihres Geschäfts. Mit Hilfe der steigenden Kaufkraft des Euro wurde die spanische Großbourgeoisie zu einem globalen Akteur, rekolonisierte die krisengeschüttelten lateinamerikanischen Märkte und riss sich die dortigen Unternehmen zu Spottpreisen unter den Nagel. Die beiden bedeutendsten spanischen Banken, BBVA und Banco Santander, wurden so zu den größten Geldinstituten Lateinamerikas; Telefónica und die Madrider Elektrizitätsunternehmen entwickelten sich in ihren Branchen gleichfalls zu den größten Unternehmen in der Region. Mit anderen Worten öffnete der Rahmen, der durch Maastricht und den Euro aufgespannt worden war, die Tür zu einer Neupositionierung der spanischen Ökonomie innerhalb der internationalen Arbeitsteilung – sowie zu jenem immobiliengetriebenen Entwicklungszyklus, der ein zentrales Element der spanischen Wirtschaftsdynamik werden sollte.

Aus Sicht der orthodoxen Wirtschaftswissenschaften bleiben die Mechanismen unverständlich, durch welche die Immobilienblase während dieser Periode zu einem Motor für die heimische Wirtschaftsexpansion werden und die Nachfrageprobleme unter den Bedingungen einer neoliberalen Sparpolitik lösen konnte. Wir greifen stattdessen auf den Begriff des 'Kredit- und Börsenkeynesianismus' zurück, den Robert Brenner im Zuge seiner Analyse der Entwicklung der US-Ökonomie zwischen 1995 und 2006 geprägt hat (Brenner 2006: 293f., 315-323). In Verbindung mit den Mechanismen, die steigende private Vermögenswerte

und das Wachstum des privaten Binnenkonsums miteinander verknüpfen, erlaubt dieses Konzept es, den relativen Erfolg der spanischen Ökonomie in jener Periode zu verstehen. Denn der Motor der Ökonomie lag in den 'Wohlfahrtseffekten', die durch Wachstum der Finanzanlagen und Vermögenswerte privater Haushalte erzeugt wurden. So lange diese weiter zunahmen, konnte die positive Dynamik einer steigenden aggregierten Nachfrage und wachsender Finanzprofite bei stagnierenden oder gar sinkenden Löhnen und öffentlichen Ausgaben aufrechterhalten werden.

In dieser Hinsicht kann der spanische Fall als eine Art internationales Laboratorium betrachtet werden. Im Gegensatz zu früheren Versuchen einer Finanzialisierung der Privathaushalte bestand das Neuartige des spanischen Experiments in seiner Größenordnung. Von Beginn an basierte es darauf, den Besitz an Wohneigentum extrem auszudehnen: 2007 betrug der Anteil privaten Wohneigentums 87 Prozent, während die entsprechenden Anteile in den USA und Großbritannien nie über 70 Prozent stiegen. Zudem besitzen etwa sieben Millionen spanische Haushalte – bestehend aus den 35 Prozent der Bevölkerung, die die 'echte' Mittelklasse ausmachen – zwei oder mehr Wohnungen. Der kontinuierliche Anstieg der Immobilienpreise<sup>3</sup> und eine nie dagewesene Kreditexpansion ermöglichten ein historisch einmaliges Wachstum des Konsums der (Haus-)Eigentümer, die im spanischen Fall die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung darstellen.

In gewissem Sinne wurde die Defizitfinanzierung in den Jahren 1997 bis 2007 vom spanischen Staat effektiv den privaten Haushalten übertragen. Auch dieses Phänomen einer – in den letzten Jahren des ökonomischen Zyklus – negativen Sparquote in Verbindung mit hohen Investitionen in Immobilien und Infrastruktur überfordert das Erklärungsmodell orthodoxer Ökonomen. Basierend auf dem spektakulären Anstieg der Wohnungspreise, der Expansion des Wohnungsbestands und der Ausdehnung des Kreditvolumens wuchs der nominale Reichtum der privaten Haushalte in dem genannten Zeitraum um mehr als Dreifache.<sup>4</sup> Nach Angaben des IWF übersetzte sich der spanische 'Vermögenseffekt' zwischen 2000 und 2007 in ein durchschnittliches Konsumwachstum der privaten Haushalte von 7 Prozent pro Jahr, im Vergleich zu 4,9 Prozent in England, 4 Prozent in

---

3 Während des 'Boom-Jahrzehnts' von 1997 bis 2007 stiegen die Immobilienpreise um durchschnittlich 12 Prozent pro Jahr, zwischen 2003 und 2006 sogar um erstaunliche 30 Prozent im Jahresdurchschnitt (Quelle: Instituto Nacional de Estadística/INE).

4 Immobilienanlagen spielen in hochgradig finanzierten Ökonomien eine zentrale Rolle, werden in den nationalen Bilanzen der meisten OECD-Länder aber noch immer nicht ausreichend gewürdigt. Im Fall Spaniens musste für den vorliegenden Artikel auf Schätzungen unabhängiger Wissenschaftler zurückgegriffen werden (Naredo et al. 2008).

Frankreich, 3,5 Prozent in Italien und 1,8 Prozent in Deutschland. Gleichzeitig expandierte der Arbeitsmarkt – sowohl wegen des boomenden Baugewerbes als auch auf Grund des Binnenkonsums – um eine akkumulierte Wachstumsrate von 36 Prozent, mehr als je zuvor in Spanien und weitaus stärker als in allen anderen EU-Ländern. Und dies bei Reallöhnen, die gleichzeitig um 10 Prozent fielen, so dass die Integration von sieben Millionen neuen Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt die Lohnsumme effektiv nur um 30 Prozent steigen ließ.

Die spanische Ökonomie schien sich vorteilhaft an die Deregulierung der internationalen Finanzmärkte anzupassen. Die relative Stagnation der Produktivität in den Jahren 1997 bis 2007 und die ewig mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrien hemmten das Wirtschaftswachstum nicht. Im Gegenteil: Da der Löwenanteil der wirtschaftlichen Entwicklung in ortsgebundenen Branchen wie der Immobilienwirtschaft und den persönlichen Dienstleistungen stattfand, wurden Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit praktisch irrelevant. Man könnte sagen, dass der spanische Erfolg auf einer praktischen Verkehrung der klassischen schumpeterianischen Strategie der Steigerung von Einkommen durch Innovation basierte. Gleichzeitig war die Formel ‘Profitwachstum ohne Investitionen’, die einige Autoren (z.B. Husson 2008) benutzen, um die Finanzialisierung der Ökonomien in den Zentren der Weltwirtschaft zu beschreiben, im spanischen Fall wenig zutreffend. Der von David Harvey beschriebene Prozess der Akkumulation im sekundären Kapitalkreislauf spielte dagegen eine Schlüsselrolle.<sup>5</sup> In der Tat lässt sich das ‘spanische Wunder’ nur verstehen als eine Wiederherstellung der Profitraten – und der Nachfrage – durch eine Kombination von Finanzstrategien und Akkumulationsmechanismen, die auf Grundlage der gebauten Umwelt und der Produktion von Wohnraum funktionieren.

Innerhalb der Eurozone bestand die Rolle Spaniens unterdessen darin, Rekordgewinne für das nordeuropäische Kapital abzuwerfen, vor allem für Anleger aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Zwischen 2001 und 2006 investierten ausländische Anleger im Durchschnitt sieben Milliarden Euro pro Jahr in spanische Immobilien, also das Äquivalent von fast einem Prozent des BIP. Ein großer Teil davon wurde von Briten und Deutschen in Zweithäuser und verwandte Anlagen gesteckt. Darüber hinaus spielte die durch den Kredit-Keynesianismus verstärkte inländische Nachfrage eine wichtige Rolle für die deutsche Exportwirtschaft. Zusammen mit Italien, Griechenland, Portugal und Irland

---

5 Gemäß Harvey kann das Kapital, wenn es im Bereich der Produktion von ‘normalen’ Waren, die ihren Wert schnell realisieren müssen (primärer Kapitalkreislauf), auf Grund von Überakkumulation keine rentablen Anlagen findet, in den sekundären Kapitalkreislauf fließen, d.h. in die gebaute Umwelt. Die territorialen Formen dieses Wechsels reichen von großen öffentlichen Bauprojekten bis zum Eigenheimbau (Harvey 1999: 235-238).

entwickelte Spanien ein wachsendes Leistungsbilanzdefizit. Zwischen 2006 und 2008 stieg es vor allem auf Grund von Importen aus anderen europäischen Ländern auf über neun Prozent des BIP an.<sup>6</sup> So erklärt sich auch der paradoxe Effekt der Überbewertung des Euro im Jahr 2003, die die Exportfähigkeit der Eurozone in Drittstaaten unterminierte, aber gleichzeitig die interne Kaufkraft der peripheren und südlichen EU-Länder, nicht zuletzt Spaniens, absicherte. Zieht man die national jeweils unterschiedliche Kaufkraft in Betracht, so überstieg Spaniens Pro-Kopf-Einkommen gemäß Eurostat das von Italien, lag fast so hoch wie das Frankreichs und nur zehn Prozentpunkte niedriger als das Deutschlands und Großbritanniens. Ähnlich wie im Fall der Geldzirkulation zwischen den USA und China, nur in kleinerem Maßstab, entstand innerhalb der Eurozone eine Symbiose zwischen den Überschuss- und den Defizitpolen des europäischen Kapitalismus. Die südeuropäischen Länder finanzierten ihre Importe, die sie vor allem in Deutschland kauften, teilweise durch das Geld, welches aus den nordeuropäischen Investitionen in Immobilien- und Finanzanlagen in diesen Ländern stammte. Vor allem auf Spanien traf dies zu. Vor diesem Hintergrund kann es nicht weiter überraschen, dass man hier meinte, den Status eines peripheren Landes ein für alle mal hinter sich gelassen zu haben. Für die jüngeren Generationen reichte es aus, durch Europa zu reisen und festzustellen, dass die Unterschiede zwischen den Ländern marginal geworden waren. Wohlstand und Modernität, wenn sie denn überhaupt existierten, gab es genauso diesseits wie jenseits der Pyrenäen.

## Staatliche Unterstützung

Staatsinterventionen spielten eine entscheidende Rolle dabei, die unterschiedlichen Teile des Immobilienzyklus zu ölen, um ein ständig wachsendes Häuser- und Wohnungsangebot aufrechtzuerhalten. Das Bodengesetz von 1998, besser bekannt als das 'Bau-überall-Gesetz', beschleunigte die Baugenehmigungsverfahren enorm und machte eine riesige Fläche Land zur Bebauung verfügbar. Weitere Schwerpunkte der Wohnungspolitik der vergangenen 25 Jahre bestanden in Programmen zur Schrumpfung des öffentlichen Wohnungsbestands und des Mietwohnungsmarkts sowie in Steuernachlässen für Eigenheimkäufer. Darüber hinaus trugen sukzessive Gesetzesänderungen und Reformen des Hypothekemarktes zur Expansion der Verbriefung von Vermögenspositionen bei – Spanien

---

6 Das einzige Land in der Eurozone, dessen Leistungsbilanz eindeutig in die andere Richtung ausschlug, war Deutschland. Dessen moderates Defizit der späten 1990er verwandelte sich in ein sattes Plus, das 2007 mehr als sieben Prozent des BIP entsprach.



wird auf diesem Feld in Europa nur noch vom Vereinigten Königreich übertroffen. Riesige Investitionen in die Transportinfrastruktur haben Spanien im Verhältnis mehr Autobahnkilometer und Hochgeschwindigkeitstrassen beschert als jedem anderen Land in Europa. Dies wiederum spielte eine wichtige Rolle bei der Erschließung großer Flächen an urbanisierbarem Land, das vorher nur einen niedrigen Marktwert hatte. Wenn man nun noch die laxen Umweltstandards bedenkt, die der Stadtentwicklung kaum Steine in den Weg legen, und die Subventionen für Energie und Wasser, die die Ressourcenverschwendung durch ineffiziente Bauprojekte begünstigen, schließt sich der Kreis: Der Staat garantiert und reguliert das geschmeidige Fortschreiten des Finanz- und Immobilienkreislaufs.

Die Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums von der Immobilienpreisblase hat weitreichende Folgen für die sozialräumliche Struktur des Landes gehabt. Im Kontext der stark dezentralisierten Verwaltungsstruktur Spaniens, in der den Autonomen Gemeinschaften und lokalen Regierungen weitreichende Kompetenzen in den Bereichen Stadtentwicklung, Umwelt und Transport zukommen, operieren die unteren Verwaltungseinheiten typischer Weise als konkurrierende Wachstumsmaschinen. Lokale Regierungen betreiben explizit Standortpolitik und werben bei der Bevölkerung und der gesamten Investorenklasse mit ihren Wettbewerbsvorteilen, die wiederum meist auf unproportionalem oder schlecht geplante Wachstum basieren. Im Ergebnis werden die irrational aufgeblähten Investitionen oft in unrealistische Zukunftsprojekte gesteckt, wie z.B. im Fall des geplanten Casino-Megakomplexes im Stil von Las Vegas, der in einer trockenen Region im Ebro-Tal gebaut werden soll, oder beim Bau von acht Superhäfen mit dazugehörigen logistischen Zentren, die an einem Küstenabschnitt entstehen sollen, an dem es höchstens Bedarf für zwei Anlagen dieser Größe gibt.

Die ökologischen Kosten, die dieses Wachstumsmodell verursacht, sind unalkalulierbar. In den traditionellen Touristenregionen – also an den Küsten sowie auf den Kanaren und Balearen – hat der massive Immobilienbau schier endlos lange urbane Korridore produziert. Zwischen zwei und fünf Kilometer breit, erstrecken sie sich an der Costa del Sol und der Küste von Alicante auf über 100 Kilometer Länge ohne jede Baulücke. Selbst in relativ abgelegenen Gegenden haben der Bau von Zweithäusern und der Öko-Tourismus mittlerweile Naturgebiete von großem ökologischem Wert zerstört, zum Beispiel am Fuße der Pyrenäen und in den inländischen Gebirgsketten. Zwischen 1986 und 2006 expandierte die bebaute Fläche landesweit um 60 Prozent.<sup>7</sup>

---

7 Daten und Informationen des 'Land Cover Program' der 'Coordination of Information on the Environment' (CORINE) sind über die Website der 'European Environment Agency' abrufbar.

## Politik der Blase

Die Boomjahre haben auch zu einer weiteren Verschärfung der bereits bestehenden regionalen Fragmentierungen und Ungleichgewichte geführt. So kam es zu einer erneuten Bevölkerungsabwanderung aus den Binnenregionen, von denen fast 75 Prozent kontinuierlich an Einwohnern verloren, an die Küstenregionen und in die großen Städte. Auch die Städtehierarchie hat sich weiter verfestigt: Madrid, das von den Wachstumswahren am stärksten profitierte, ist zum Zentrum einer Metropolregion mit über sechs Millionen Einwohnern geworden – in demographischer und ökonomischer Hinsicht die drittgrößte Europas. Neben der zentralen Bedeutung Madrids für den ‘sekundären Kapitalkreislauf’ der Finanzwirtschaft haben hier auch die meisten der in Europa und Lateinamerika operierenden multinationalen Konzerne Spaniens ihren Sitz. Damit ist Madrid in die Liga der ‘Global Cities’ aufgestiegen, während die meisten anderen Großstädte Spaniens eher an ökonomischer Bedeutung verloren haben. Sie setzen auf Strategien der unternehmerischen Stadtpolitik und versuchen, im internationalen Tourismus standortspezifische Revenuen zu erzielen (Harvey 1989). Barcelona ist ein globales Vorzeigebispiel dafür geworden: Die Stadtpolitik rund um die Olympischen Spiele 1992 wurde bis nach Lateinamerika ‘exportiert’. Dort gilt sie als eine vorbildliche Strategie der Stadterneuerung und ist zum Beispiel – mit widersprüchlichen Ergebnissen – in Medellín und Valparaíso kopiert worden.<sup>8</sup> Dabei ist Barcelonas relativer Erfolg der 1990er Jahre angesichts seines bereits lange währenden Niedergangs als vormaliges führendes Industriezentrum wohl eher als Pyrrhussieg einzustufen.

Auch in politischer Hinsicht kam es zu einer Verschärfung territorialer Konflikte, die sich meist an den partikularistischen Forderungen der Regionen rund um Fragen der Steuererhebung sowie der Transport- und Wasserwirtschaft entzündeten (etwa zwei Drittel Spaniens leiden unter Wasserknappheit). Zugleich herrscht jedoch unter den etablierten Parteien ein Konsens über das ökonomische Modell. Die politische Klasse Spaniens legt in dieser Hinsicht eine außergewöhnliche historische Selbstgewissheit an den Tag: So wurde es sowohl von den beiden PSOE-Regierungen (1982-1996, 2004-2011) als auch von der PP unter Aznar (1996-2004) stets als eine zentrale Aufgabe des Staates betrachtet, den Anstieg der Immobilienwerte politisch zu fördern. Auf regionaler Ebene war die sozialistisch regierte autonome Gemeinschaft Andalusien ebenso tief in die

---

8 Die Propoganda bezüglich Barcelonas Vorbildcharakter hält sich derart hartnäckig, dass sich in Buenos Aires inzwischen sogar eine Satirezeitschrift danach benannt hat: Barcelona. Una solución europea a los problemas de los argentinos (‘Barcelona: Eine europäische Lösung für die argentinischen Probleme’).

Vergabe von Krediten und Baugenehmigungen verstrickt wie die Hardliner der PP-Regierungen in Murcia und Valencia oder auch die Big Business-Nationalisten der *Convergència i Unió* (CiU) in Katalonien. Auch als die CiU in den Jahren 2003 bis 2010 durch eine Koalition der katalanischen Sozialisten mit zwei kleineren Parteien, der Republikanischen Linken Kataloniens (ERC) und der Initiative für Katalonien/Grüne (ICV), abgelöst wurde, blieben die immobilienwirtschaftlichen Praktiken unverändert.

Die wichtigsten Kreditgeber im Immobiliensektor waren die 45 *Cajas de ahorros* im Lande: halböffentliche Sparkassen, die von Gremien bestehend aus Kunden, Mitarbeitern und Lokalpolitikern verwaltet werden. Regional- und Bezirksräte konnten ansehnliche Beträge in ihre Kassen spülen, indem sie Grünflächen zu Baugrund umwidmeten und das Land an Immobilienfirmen verkauften, die ihre Kredite wiederum bei derjenigen *Caja* aufnahmen, die von den betreffenden Politikern oder deren Freunden verwaltet wurde. Bei Immobilienpreisen, die Jahr für Jahr durchschnittlich um 12 Prozent stiegen, war das ein rundum gutes Geschäft. Der parteiübergreifende Charakter dieses Vorgehens lässt sich am Beispiel Valencias zeigen. Dort wendete die PP-Regierung eine extrem aggressive Gesetzgebung an, um kleine Landbesitzer zu enteignen und auf diesem Weg große Flächen zusammenzubekommen, die man dann an Investoren verkaufen konnte. Die betreffenden Gesetze waren von der gesamtspanischen PSOE-Regierung erlassen worden und kamen auch in verschiedenen PSOE-regierten Regionen zur Anwendung. Korruption und Nepotismus waren an der Tagesordnung. Zu den größten Nutznießern zählten Freunde und Familien der PP in Valencia und der PSOE in Andalusien.<sup>9</sup>

Zwar sind die beiden großen Parteien gleichermaßen in Spaniens Kredit-Keynesianismus verstrickt, doch war es vor allem die Politik von José Luis Rodríguez Zapatero, die zunächst die Jahre des großen Booms und danach den wirtschaftlichen Absturz prägte. Spanien ist das einzige europäische Land, in dem Massenproteste gegen die von den USA, Großbritannien und Spanien geführte Invasion des Irak im Jahr 2003 einen – wenn auch verspäteten – Einfluss auf Regierungsebene hatten. Im darauf folgenden Jahr versuchte Aznar, den isla-

---

9 Der Bauboom provozierte freilich auch Widerstand. In einigen der am stärksten betroffenen Gegenden gelang es Umweltschutzgruppen, die Lokalregierungen und sogar Regierungen Autonomer Gemeinschaften zu Fall zu bringen (z.B. 2003 in Aragón und 2007 auf den Balearen). Die Protestkampagnen richteten sich vor allem gegen den Raubbau an der Natur und gegen die Korruption der Lokalpolitiker. Zwischen 2005 und 2007 kam es in den großen spanischen Städten zu einer Welle kreativer Proteste gegen die steigenden Haus- und Wohnungspreise. Slogans wie *V de Vivienda* (in Anlehnung an 'V für Vendetta', wobei 'Vivienda' das spanische Wort für 'Wohnung' ist) brachten Zehntausende von Menschen auf die Straße.

mistischen Bombenanschlag vom 11. März auf den Hauptbahnhof von Madrid, der 192 Menschen das Leben kostete, der baskischen ETA anzuhängen. Die Reaktion darauf waren gewaltige Demonstrationen, die in einer Kontinuität standen mit denen des Vorjahres gegen die spanische Beteiligung am Irakkrieg und den narzisstischen Autoritarismus der Regierung Aznar. Bald tauschten die beiden Parteien in den Meinungsumfragen ihre Positionen und Zapatero wurde an die Macht gespült. Die Proteste waren nicht zuletzt ein Ausdruck des Erstarkens höher qualifizierter Berufsgruppen – eine Folge der spanischen Modernisierungspolitik – sowie der jüngeren Generation, die generell besser ausgebildet und weniger religiös ist als ihre Elterngeneration und stark unter der Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt leidet.

Das progressive Image von Zapateros Spanien basierte unter anderem auf dem 'Dialog' mit den Gewerkschaften, der (eher symbolischen) Aufwertung von Pflegearbeit, dem Gesetz zur Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe und ersten Schritten hin zu einem Waffenstillstand mit der ETA. Außenpolitisch hielt Zapatero sich an sein Versprechen, die spanischen Truppen aus dem Irak abzuziehen, schickte sie dafür aber nach Afghanistan. Er geriet in Konflikt mit der mächtigen PRISA-Mediengruppe (El País, Digital+, Cadena SER), die bis dahin stets die Sozialisten unterstützt hatte, und hing danach von der Gunst einer neuen Zeitung (Público) und eines Fernsehsenders (La Sexta) ab. Von Beginn an hatte Zapateros Erfolg viel mit dem bewussten Einsatz von Marketingstrategien zu tun. Seine Reformen waren dagegen eher kosmetischer Natur. Die Sozialausgaben wurden zwar leicht erhöht, aber nicht so stark, dass dies die Finanzprofite oder die exorbitanten Einkommen der Manager multinationaler Unternehmen gefährdet hätte. Es wurde keine Alternative zum spanischen Föderalismus entwickelt, der voller Spannungen zwischen dem gesamtspanischen Nationalismus und jenem der Regionen ist. Und es gab auch keinerlei Versuche, den überhitzten Immobilienmarkt zu bändigen – von einem Alternativmodell ganz zu schweigen. Bei den Wahlen 2008 konnte die PSOE dennoch einen leichten Zuwachs verzeichnen und gewann mit 43,6 Prozent der Stimmen (verglichen mit 42,6 Prozent in 2004) – vorwiegend auf Kosten der linken Izquierda Unida, deren Stimmenanteil um ein Viertel auf 3,8 Prozent fiel, während die PP von 37,7 Prozent auf 40,1 Prozent zulegen konnte.

## Unsicherheiten

Solange die Kredite flossen und die Immobilienpreise durch die Blase hoch gehalten wurden, schien es kaum zu interessieren, dass die Sozialausgaben extrem niedrig waren, die Löhne stagnierten oder sogar fielen und der spanische Arbeitsmarkt

im europäischen Vergleich eine der höchsten Quoten an befristeter Beschäftigung aufwies.<sup>10</sup> Die Unterfinanzierung des Rentensystems wurde durch die steigenden Werte der Immobilien aufgefangen, die als Alterssicherung fungierten. Junge Menschen sind aufgrund des prekären Arbeitsmarktes oftmals gezwungen, noch lange im Haus ihrer Eltern zu leben, hoffen aber nichtsdestotrotz, dass auch sie einmal von dem steigenden Wert des Familieneigentums profitieren werden, sei es durch Erbschaft oder durch die Unterstützung der Eltern bei der Aufnahme einer Hypothek. Das Pflegeproblem hat sich trotz fehlender Sozialleistungen entspannt – maßgeblich wegen der massiven Zuwanderung transnationaler Arbeitskräfte, überwiegend Frauen ohne Aufenthaltsgenehmigung, die die Pflege von Kindern, Alten und Behinderten übernommen haben und in Millionen von Mittelklassefamilien die Hausarbeit leisten. Die Anzahl ausländischer Staatsbürger in Spanien betrug 2010 fast sechs Millionen, in den vergangenen zehn Jahren ist die Bevölkerung von 39,5 Millionen um über 18 Prozent auf fast 47 Millionen gewachsen. 2,67 Millionen der Immigranten waren EU-Bürger, vor allem aus den neuen Mitgliedsstaaten. Allein aus Rumänien kamen fast 800.000 Migranten nach Spanien. 2 Millionen Zuwanderer kamen aus Lateinamerika, vor allem aus Ecuador, Kolumbien und Bolivien, 1 Million aus Afrika und dem Maghreb, davon 650.000 aus Marokko. Was könnte den Aufstieg Spaniens von der Peripherie ins Zentrum Europas besser symbolisieren, als die erste 'eigene' Masseneinwanderungswelle? Wie zu erwarten, arbeiten die Migranten vor allem im Niedriglohsektor, zum Beispiel im Baugewerbe, in der Landwirtschaft und der Haus- und Sexarbeit. Ein komplexes System aus Aufenthaltserlaubnissen, Beschäftigungsquoten, europäischen und innerspanischen Grenzen unterwirft sie den Bedürfnissen der expandierenden Ökonomie und führt zu langen – manchmal lebenslangen – Phasen der staatsbürgerlichen Exklusion, die sich vor allem in einer prekären Situation auf dem Arbeitsmarkt widerspiegelt.<sup>11</sup>

Nichtsdestotrotz begannen die migrantischen Familien ab den frühen 2000er Jahren, sich nach und nach zu etablieren und sich ihrerseits am Immobilienboom zu beteiligen. Zusammen mit der jungen Generation, die in den 1970ern geboren wurde – den Post-Franco-Babyboomern – trugen sie in der letzten Phase des Zy-

---

10 Spaniens chronisch hohe Arbeitslosigkeit – sie lag in den frühen 2000er Jahren zumeist zwischen 8 und 12 Prozent – ist in der Tat ein Ergebnis der hohen Anzahl an prekären Arbeitsplätzen. Dies betrifft über ein Drittel der Arbeitnehmer, vor allem in saisonabhängigen Branchen wie der Tourismusindustrie. Im spanischen Fall handelt es sich weniger um strukturelle Arbeitslosigkeit als solche, sondern eher um eine hohe Fluktuation bedingt durch die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse.

11 In den Jahren 2000/01 und 2004/05 gab es eine Reihe großer Proteste illegaler Migranten. Dabei kam es zur Besetzung von Kirchen und offiziellen Gebäuden sowie zu Streiks in der Agro-Industrie im Südosten Spaniens.

klus dazu bei, das ökonomische Modell zu stimulieren und aufrecht zu erhalten: Zwischen 2003 und 2007 wurden mindestens eine Million Hypotheken an die ärmsten Schichten der Gesellschaft vergeben. Ein Nebeneffekt der spanischen Anlageeuphorie war daher die starke Zunahme der Verschuldung – das Verhältnis der Schulden zum verfügbaren Einkommen war 2007 so hoch wie in keinem anderen OECD-Land –, wobei sich die Risiken vor allem in den Haushalten mit niedrigen Einkommen und geringem Vermögen konzentrierten. So wie in den USA wurde der kontinuierliche Anstieg der Immobilienpreise als ausreichende Sicherheit für Kreditrisiken betrachtet. Doch anders als dort gilt die Anlage, die mit einer Hypothek belastet wird, also z.B. ein Haus, dem spanischen Gesetzgeber nicht als ausreichende Sicherheit. In der Folge wird eine Hypothek oft auch mit den Häusern von Freunden und Verwandten abgesichert. Nach dem Platzen der Immobilienblase führte dies zu einer wahren Kettenreaktion an Eigentumsverlusten und -übertragungen.

## Der Crash

Die ersten, die bemerkten, dass die Blase kurz vor dem Platzen stand, waren die Bauunternehmen. Nach fast 900.000 Neubauten im Jahr 2006 – mehr als in Frankreich, Deutschland und Italien zusammengenommen – begannen die Verkaufszahlen zu fallen. An der Mittelmeerküste waren die Bauprojekte stark vom Platzen der Immobilienblase in Großbritannien betroffen, denn hier gibt es viele britische Eigentümer von Zweitwohnungen. Umgewidmetes Bauland, das auf dem Höhepunkt der Blase mit Krediten der *Cajas* gekauft worden war, galt plötzlich als schlechte Investition. Ende 2008 gab es eine Million unverkaufte Häuser auf dem Markt, während die Schulden der spanischen Privathaushalte auf 84 Prozent des BIP gestiegen waren. Kollabierende Immobilienfirmen begannen die *Cajas* massiv mit 'faulen Krediten' zu belasten: So ging etwa im Juli 2008 die mit über 5 Milliarden Euro verschuldete Baufirma Martinsa-Fadesa bankrott.

Anfänglich tat die Regierung Zapatero die Krise noch als globales Phänomen ab, von dem Spanien im Vergleich zum weitaus größeren Debakel auf dem US-amerikanischen Subprime-Markt nur marginal betroffen sei. Allenfalls gab man zu, dass es nötig werden könnte, den *Cajas* unter die Arme zu greifen – im Oktober 2008 war von einem Rettungspaket in Höhe von 50 Milliarden Euro die Rede. Zudem wolle man im Kontext der G-20 kurzfristig die öffentliche Defizitfinanzierung ausdehnen. Doch die Prognosen stellten sich schnell als hoffnungslos überoptimistisch heraus. Ende 2009 verdoppelte sich die Arbeitslosigkeit und stieg auf fast 20 Prozent an. Der Verlust von Arbeitsplätzen blieb nicht auf die Baubranche beschränkt, sondern betraf auch die Konsumgüterindustrie und die marktnahen

Dienstleistungen. Der erfolgreiche Zyklus des Kredit-Keynesianismus kehrte sich um und erzeugte nun Armutseffekte, die zusammen mit der Kreditklemme den privaten Konsum drastisch reduzierten. Da viele Arbeitnehmer nur kurzfristige oder befristete Arbeitsverträge besaßen, waren die Unternehmen in der Lage, rasch auf die sinkende Nachfrage zu reagieren und ihre Belegschaften schnell und ohne größere Kosten abzubauen. Damit jedoch trugen sie zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit bei – in der Gruppe der unter 25-Jährigen stieg sie auf über 40 Prozent –, was die Nachfrage wiederum weiter schwächte. Die Staatseinnahmen sanken drastisch, das BIP sackte um 7,7 Prozent ab und der Haushaltsüberschuss von zwei Prozent des BIP im Jahr 2006 verwandelte sich 2009 in ein Defizit von über 11 Prozent.

So wie die anderen europäischen Länder auch, versuchte die Regierung Zapatero die Verluste der oligarchischen Blöcke Spaniens zu sozialisieren. Dies betraf vor allem die großen spanischen Bauunternehmen, von denen einige – ACS, FCC und Ferrovial – mittlerweile ‘Global Player’ geworden waren. Sie waren über ein Vierteljahrhundert hinweg durch expandierende öffentliche Infrastrukturausgaben gemästet worden und forderten nun, dass ihre öffentlichen Aufträge erhalten blieben, was auch immer es kostete. Die großen privaten Banken – allen voran Santander und BBVA – schienen besser auf die Krise vorbereitet als einige ihrer britischen und US-amerikanischen Konkurrenten, da sie die Ersparnisse der lateinamerikanischen Mittelklassen aufgesogen hatten. In der Tat gingen sie nun auf große Einkaufstour. Vor allem Santander kaufte zusätzlich zu ihren umfangreichen lateinamerikanischen und asiatischen Beteiligungen nunmehr britische Bauunternehmen und amerikanische Sparkassen auf und wurde damit zu einem Behemoth, der zu groß zum Scheitern war – und vielleicht auch zu groß, um ihn zu retten.

Die *Cajas* wiederum sind nach wie vor mit Schulden überhäuft. Ihr Kapitaldefizit wird auf Größenordnungen von 15 Mrd. (laut der Bank von Spanien) bis zu 100 Mrd. Euro geschätzt, was sich auf fast 10 Prozent des BIP belaufen würde; im März 2009 erhielt allein die Caja Castilla-La Mancha eine Finanzspritze in Höhe von 9 Mrd. Euro.<sup>12</sup> Im Juni 2009 kündigte Zapatero Pläne für einen Rettungsfonds (FROB) in Höhe von 99 Mrd. Euro sowie eine Reform der Sparkassen an. Damit sollte deren Zahl von 45 auf 17 reduziert und ihre Kernkapitalquote bis September 2011 auf 10 Prozent erhöht werden, was allerdings weitere 20 bis 50 Mrd. Euro Finanzhilfen erforderlich machen würde. Zudem drängte die Bank von Spanien die *Cajas*, die Schulden ihrer institutionellen

---

12 Der Economist zeichnet ein ‘Katastrophenszenario’ von 270 Mrd. Euro Defizit – was allerdings, wie die Zeitschrift hervorhebt, gemessen am BIP immer noch weniger wäre als jenes der irischen Banken (The Economist: „Under siege“, 13. Januar 2011).

Kunden gegen Immobilien bzw. Grund und Boden einzutauschen, deren Wert um ca. 10 Prozent niedriger als auf dem Höhepunkt der Blase einzustufen sei. Damit sollten die Bilanzen der *Cajas* aufge bessert und deren Pleite vermieden werden. Doch ähnlich wie in Irland scheinen die Verluste anfänglich viel zu niedrig eingeschätzt worden zu sein. So scheiterte im März 2011 eine geplante Fusion der in Alicante ansässigen Caja de Ahorros Mediterráneo, Spaniens viertgrößter Sparkasse, nachdem bekannt geworden war, dass sie in weitaus größeren Schwierigkeiten steckt als zuvor angenommen worden war. In der Zwischenzeit sind die spanischen Immobilienpreise, nach ihrem Rekordhoch im Jahr 2006, um etwas mehr als 10 Prozent gefallen.

Ab Mitte 2009 verschob sich der Trend auf europäischer Ebene, beziehungsweise innerhalb der Eurozone, schrittweise von den Bankenrettungspaketen – deren Gesamtvolumen innerhalb der EU im Frühjahr 2011 bei etwa 2,5 Billionen Euro lag – zu jenen Sparpolitiken, die im Zuge der Umwandlung von Finanzkapitalverlusten in öffentliche Schulden erforderlich wurden. Seit dem Jahresbeginn 2010 beschloss eine europäische Regierung nach der anderen Haushaltskürzungen, Lohnstopps und den Abbau von Sozialleistungen. Die Krise wurde nun explizit als eine Gelegenheit zur Einführung von Strukturanpassungsprogrammen nach altbekannter Rezeptur angesehen. Die Rolle der EU-Gipfelinstitutionen hätte dabei kaum stärker an die Interessen der Finanzmarktakteure gekoppelt sein können. Angesichts dieser Entwicklung müssen die staatlichen Schuldenkrisen, zumal in Griechenland und Irland, als eine grandiose Geschäftsgelegenheit für die großen europäischen Banken interpretiert werden, vor allem für die Geldinstitute aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien, sind sie doch die wichtigsten Eigner von Staatspapieren europäischer Länder. Unterstützt durch die Politik der Rating-Agenturen konnten sie im Zuge der finanziellen Engpässe der Defizitländer – Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und Italien – enorme Profite realisieren. Denn die Renditen für Staatsanleihen wurden zu einem Zeitpunkt künstlich in die Höhe getrieben, als sich im privaten Kreditsektor nicht mehr die gleichen Margen erwirtschaften ließen wie noch vor der Krise.

## Zapateros Kehrtwende

Als sich die griechische Schuldenkrise im April 2010 voll entfaltete, kam auch Zapatero zunehmend unter Druck durch Berlin, Brüssel und die Europäische Zentralbank (EZB). Spanien sollte Sparmaßnahmen durchsetzen und Arbeitsmarktreform auf den Weg bringen – was faktisch einen Angriff auf den öffentlichen Sektor bedeutete, wo die Angestellten noch immer langfristige Arbeitsverträge und das Recht auf Tarifverhandlungen besaßen. Zapatero zögerte zunächst,



dem Willen der EU-Partner nachzukommen, war dies doch gleichbedeutend mit einem direkten Schlag gegen einen Teil seiner Wählerbasis. Andererseits war er aber auch nicht in der Lage, eine alternative Krisenpolitik anzubieten. Am 12. Mai kündigte er schließlich ein drastisches Sparprogramm an – nunmehr offenbar auch unter dem Druck der Obama-Administration. Die Gehälter im öffentlichen Dienst sollten um fünf Prozent gekürzt werden, ebenso wurde bei den Sozialleistungen und Renten der Rotstift angesetzt, Investitionsprogramme wurden storniert, das Renteneintrittsalter erhöht, das Recht auf Lohnverhandlungen eingeschränkt und Entlassungen einfacher gemacht. Das Ergebnis war ein unmittelbarer Einbruch Zapateros in den Meinungsumfragen: Zunächst noch Kopf an Kopf mit der PP, fiel die PSOE um sieben Prozentpunkte zurück und stürzte in der Folge weiter ab. Die Gewerkschaftsspitzen sahen sich gefangen zwischen dem Unmut ihrer Mitglieder und der Sorge darüber, den Fall der PSOE-Regierung heraufzubeschwören. Am 29. September 2010 kulminierten die Widerstände gegen Zapateros Politik in einem Generalstreik, doch die Gewerkschaftsführung verhinderte die Beteiligung einiger der am besten organisierten Branchen, wie zum Beispiel der Transportarbeiter, und schaffte es nicht, die vielen prekären Arbeiter im Dienstleistungsbereich und im Einzelhandel zu mobilisieren. Stattdessen stimmten die Gewerkschaftsspitzen einer Kürzung der Renten und einer Erhöhung des Renteneintrittsalters zu.

In dem Maße, wie sich die sozialistische Partei hinter den hegemonialen Block der Finanzakteure gestellt hat, ist dem modernen, progressiven Republikanismus die Maske heruntergerissen worden. In der aktuellen Phase der Krise hat die besondere Belastung Spaniens durch öffentliche Schulden zu Maßnahmen geführt, die im Einklang mit den orthodoxesten Strukturanpassungspolitiken stehen. In letzter Instanz werden die öffentlichen Ausgaben damit der Aufsicht der Finanzakteure unterworfen. Das Ergebnis ist eine Abwanderung großer Teile der Wählerschaft der PSOE, die mittlerweile auf einem historischen Umfragetief angelangt ist. Am 2. April 2011 kündigte Zapatero angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit und des Rückstands der Sozialisten in den Umfragen an, dass er bei den für März 2012 angesetzten Wahlen nicht mehr als Spitzenkandidat antreten werde. Der größte Druck auf Zapatero kam dabei aus der Partei selbst, vor allem im Zuge der Regionalwahlen vom Mai 2011, als sich die Kandidaten der Sozialisten von ihm distanzieren. Sein Nachfolger im Parteivorsitz, Alfredo Pérez Rubalcaba, ist ein Veteran des rechten PSOE-Flügels, dessen politische Karriere unter Felipe González begann.

Durch die Krise wurde Spanien mit dem Sachverhalt konfrontiert, dass die lange Phase der Prosperität auf einer höchst fragilen ökonomischen Struktur basierte. Die PSOE wiederum sieht sich dem Problem gegenüber, dass dieses Wirtschaftsmodell lange Zeit das Fundament ihrer Politik gebildet hat. Die

spanische Wachstumsarchitektur ermöglichte die Fiktion, dass die expandierende Mittelschichtsmehrheit an Eigenheimbesitzern permanent zu Wohlstand gekommen sei. Das Platzen der Immobilienblase hat diesen Schleier zerrissen und erlaubt den Blick auf eine hochgradig polarisierte Gesellschaft, in der ein großer Teil der Bevölkerung hoch verschuldet ist, viele Menschen ohne Arbeit sind und von öffentlichen Sozialleistungen abhängen, die wiederum durch staatliche Ausgabenkürzungen und Privatisierungspolitiken unter Druck geraten. Bedenkt man, dass die am härtesten betroffenen Gruppen die junge Generation und die migrantischen Arbeiter sind, dann wird klar, dass die Kosten der Krise auf die am stärksten benachteiligten Schichten abgewälzt werden. Im EU-Vergleich herrschte in der spanischen Bevölkerung lange Zeit die stärkste pro-europäische Stimmung. In der Vorstellungswelt der Menschen war der Prozess der Europäisierung mit der Demokratisierung und Modernisierung des Landes in der Post-Franco-Ära assoziiert, die spanischen Wähler waren weitestgehend unkritisch gegenüber der EU. Doch diese Art der europäischen Selbstgewissheit ist nun vorbei.

Am 15. Mai 2011, im Vorfeld der Regionalwahlen vom 22. Mai – und genau ein Jahr nachdem Zapatero seine harten Kürzungen angekündigt hatte – ging eine riesige Welle des sozialen Protests durch das Land. Zehntausende von jungen Demonstranten strömten auf die Straßen und errichteten Camps auf den zentralen Plätzen der spanischen Städte, einschließlich der Plaza Catalunya in Barcelona und der Puerta del Sol in Madrid: Studenten, Arbeitnehmer, Menschen mit und ohne Arbeit eroberten sich den öffentlichen Raum und grüßten die jungen arabischen Demonstranten von Pearl Roundabout und vom Tahrir-Platz. Auf der Puerta del Sol etablierten die Besetzer eine ständige Volksversammlung und stimmten täglich über alle ihre Entscheidungen ab. Die Slogans der sogenannten 15M-Bewegung lauteten ‘Für einen Übergang zur Demokratie!’, ‘Wir sind keine Ware der Politiker und Bankiers’, ‘PPSOE: PSOE und PP, beides der gleiche Mist’ oder ‘Echte Demokratie jetzt!’ Das Manifest vom 20. Mai der Volksversammlung auf der Puerta del Sol griff die politische Korruption an, kritisierte das Wahlsystem der geschlossenen Listen (bei dem nur die Namen der Partei und ihres Spitzenkandidaten auf dem Wahlzettel erscheinen) und prangerte die Macht der EZB und des IWF an sowie die ungerechte Politik, mit der die herrschende Klasse auf die Krise reagiert hat.<sup>13</sup>

---

13 Bei den Regionalwahlen vom 22. Mai 2011 erhielt die PSOE nur 28 Prozent der Stimmen und verlor damit sieben Prozentpunkte. Die PP gewann zwei Prozentpunkte dazu und kam auf 38 Prozent Wähleranteil. Die Izquierda Unida (Vereinigte Linke) konnte sich von 5,5 Prozent auf 6,3 Prozent verbessern, erhielt aber nur 210.000 der 1,5 Millionen Stimmen, die die Sozialisten verloren. Das dürfte zumindest teilweise auch eine Strafe dafür sein, dass sie auf lokaler Ebene mit der PSOE koalitiert hat.

Die Aussichten auf eine baldige Erholung Spaniens von der Wirtschaftskrise sind schlecht. Der Umfang der Immobilienblase, die Bedeutung des Kredit-Keynesianismus für das Wachstum seit den 1990er Jahren, das Ausmaß der aktuellen Rezession, die von den wahrhaft drakonischen Sparmaßnahmen noch verschärft wird, der starke Euro, der den Tourismus aus den Ländern außerhalb der Eurozone verteuert, sowie die rigide Kreditpolitik der EZB – all dies sind Steine auf dem Weg zurück zum Wirtschaftswachstum. Die unmittelbaren Aussichten sind so gut wie sicher weitere Ausgabenkürzungen und eine Zunahme des Haushaltsdefizits. Dies bringt auch große Probleme für die Eurozone mit sich. Deren Mitglieder geben vor, die Krise sei nur ein temporäres Liquiditätsproblem, das durch Brückenkredite von EZB und IWF überwunden werden könne. Diese will man den Defizitländern eintrichtern, bis sie sich durch Wachstum aus ihren Schulden befreit haben. Doch tatsächlich ist die Krise auch eine der großen deutschen, französischen und britischen Banken, die durch das Platzen der Immobilienblase in der europäischen Peripherie massiv in Bedrängnis geraten sind.

Anstatt sich jedoch dem Trauma einer heimischen Bankenkrise auszusetzen, haben Berlin, Paris und London eine andere Strategie gefunden. Ein führender Akteur der EZB beschreibt sie als Pyramidenspiel des öffentlichen Sektors, das nur so lange aufrecht erhalten werden könne, wie weitere Geldmengen verfügbar gemacht würden:

„Einige der ursprünglichen Gläubiger werden mit Mitteln aus den offiziellen Krediten bezahlt, mit denen auch die verbleibenden Primärdefizite finanziert werden. Wenn sich herausstellt, dass die betreffenden Länder die ihnen auferlegten Ausgabenkürzungen und Strukturanpassungsprogramme nicht einhalten und somit nicht auf den freien Finanzierungsmarkt zurückkehren können, werden diese Kredite letztendlich von den Mitgliedern der Eurozone und von den internationalen Organisationen übernommen und verlängert (...). Die europäischen Regierungen zögern den Tag der Abrechnung lieber heraus und pumpen weiterhin Geld in die peripheren Ländern, anstatt sich mit den Finanzproblemen zu Hause auseinanderzusetzen.“ (Blejer 2011)

Der Zusammenbruch des spanischen Modells bedroht genau diese Konstruktion – aus einer Reihe von Gründen: Erstens sind die deutschen und französischen Banken von der Krise in Spanien deutlich stärker betroffen als dies in Griechenland oder Irland der Fall war; zweitens ist noch nicht klar, wie groß die Probleme der *Cajas* wirklich sind; drittens bergen die sozialen Probleme Spaniens eine große Sprengkraft, da die wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben weiterhin sinken und bereits vor der Krise auf einem Niveau waren, das verglichen mit Kontinentaleuropa niedrig ist.<sup>14</sup> Am Ende könnte eine Schuldenkrise in Spanien den

---

<sup>14</sup> Die spanische Bevölkerung ist auch numerisch größer als die der anderen Defizitländer: Im letzten Jahrzehnt ist sie um 18 Prozent gewachsen, vor allem durch Immigration.

Versuch der EU zu Fall bringen, die Bevölkerungen der Peripherie für die Not leidenden Banken zahlen zu lassen. Die Banken profitieren von den künstlich aufgeblasenen Zinsen der Staatsanleihen und machen phänomenale Gewinne. Damit gleichen sie die niedrigen Finanzprofite im privaten Sektor aus. Genau aus diesem Grund wird man alles daran setzen, eine Eskalation der spanischen Schuldenkrise zu vermeiden.

## Epilog zur deutschen Fassung

Seit der Fertigstellung dieses Artikels im Mai 2011 scheint sich die europäische Finanzkrise im Modus einer permanenten Selbstwiederholung fortgesetzt zu haben, als ein Zyklus von Rettung, Austerität und Privatisierung. Die jüngsten 'weichen' Staatsstrieche in Athen und Rom, die zu 'technokratischen' Regierungen mit unmissverständlichem Strukturangepassungswillen geführt haben, könnten allerdings den sichtbarsten Teil eines sich wandelnden politischen Szenarios darstellen. Dieser Wandel könnte auf der, wenngleich widerwilligen, Anerkennung der Tatsache beruhen, dass die finanziellen Probleme der EU nur bedingt und abgeleitet mit der Krise der Staatsfinanzen, vorrangig hingegen mit einer beschleunigten Bankenkrise zu tun haben.

Im Zeichen dieses Wandels täuschte Griechenland die Abhaltung eines Referendums an, wie dies von den Protestbewegungen seit langem gefordert worden war. Eine solche Abstimmung hätte es der griechischen Bevölkerung ermöglicht, über den Umgang mit dem drohenden Staatsbankrott in einer Weise zu entscheiden, die dem Prinzip der Volkssouveränität zumindest nahe gekommen wäre. Die Schlacht endete jedoch mit dem jähesten und offensichtlichsten autoritären Akt, den das zivilisierte Europa in den letzten dreißig Jahren hervorgebracht hat: der Absage des griechischen Referendums. Seither befindet sich Griechenland in einem von der EU, in Vertretung der internationalen Gläubiger, verwalteten Zustand der Zahlungsunfähigkeit. Es handelt sich dabei um nichts anderes als um eine Übernahme der Kontrolle über die griechische Ökonomie in der Absicht, finanzielle Vorteile zu sichern, die sich im Falle einer 'von unten' gesteuerten Zahlungseinstellung verflüchtigt hätten.

Angesichts dieser Umstände verschoben sich die Strategien zur Profitrealisierung eines Bankenwesens, das mit schweren Bilanzungleichgewichten zu kämpfen hat, in Richtung auf ein anderes Modell. In der vorherigen Entwicklungsphase hatten sich die Kapitalflüsse zwischen der sicheren Nische deutscher Staatsanleihen und dem Hochrenditeraum der peripheren Staaten bewegt. Das vorübergehende Verschwinden dieses Raums hat das zuvor etablierte Muster durchkreuzt und die Erpressungsaktivitäten auf die Staatsverschuldung weitaus größerer Volks-

wirtschaften umgelenkt. In erster Linie handelt es sich dabei um Italien und Spanien, die zwar niedrigere Zinssätze, aber auch weitaus größere Sicherheiten als die kleinen peripheren Länder anzubieten haben. Im Zuge dieser Bewegung haben sich die Wettbewerbsrelationen zwischen den nationalen Staatsschulden in Europa verschoben und die Renditen vor allem der französischen Staatsanleihen sind plötzlich gestiegen. Letztlich ist all dies ein Ausdruck der Souveränität der Finanzmärkte: Dass die deutsche Staatsschuld „sicher“ und die griechische „unsicher“ war, beruhte auf einer einseitigen Entscheidung der Geldeigentümer – eine Entscheidungsgewalt, die allerdings von deutscher Seite befördert wurde, da diese unter den gegebenen Bedingungen den komparativen Vorteil einer entspannten und einzigartig günstigen Finanzierung ihres Kreditbedarfs genoss.

Vor dem Hintergrund dieser Reklassifizierung nationaler Staatsschulden stellen sich diverse Fragen, welche die unmittelbare Zukunft – sowohl Spaniens wie auch der gesamten EU – bestimmen werden. Die erste dieser Fragen betrifft das politische Rettungsregime: Wie lassen sich die kurzfristigen Schulden etwa der italienischen Ökonomie bezahlen, die fast sechsmal so groß ist wie die griechische, oder aber der spanischen, die immerhin die vierfache Wirtschaftskraft aufweist? In jedem Fall könnte dies angesichts der Größenordnung notwendiger Hilfsmaßnahmen nicht 'auf griechische Art' erfolgen, denn aller Wahrscheinlichkeit nach würden sich die Regierungen der zahlenden Länder populistischen Eruptionen gegenübersehen. Es müsste wohl eher eine Form permanenter finanzieller Unterstützung gefunden werden, die möglicherweise dieselben Effekte einer akuten Rettungsaktion hätte, aber deren politisches Dramatisierungspotenzial umgehen könnte. Ähnliches gälte für eine Ausdehnung des Staatsschuldenkaufs durch die EZB, die den Ansprüchen der Finanzakteure gerecht würde, ohne die nationalen Ökonomien allzu großen Kontrollen zu unterwerfen. Die deutschen Forderungen nach einer koordinierten Überwachung der nationalen Haushalte hingegen bezwecken genau dies und sind als eine Strategie zur Wiederherstellung des direkten Einflusses auf die peripheren Ökonomien zu verstehen.

Eine zweite Frage bezieht sich auf die Art und Weise, in der die Zentrumsländer Frankreich und Deutschland auf die plötzliche Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition reagieren werden. Zweifellos kann von dieser Seite ein gewichtiger politischer Wandel ausgehen. Jedenfalls ist es sehr unwahrscheinlich, dass sich Frankreich auf eine Plünderung seiner öffentlichen Finanzen einlässt, ohne dafür eine Veränderung der Finanzmarktregulierungen zu fordern – was eine gute Nachricht wäre, wenn nicht alles dafür spräche, dass auch eine solche Veränderung letztlich dem strategischen Ziel gehorchen würde, die Wettbewerbsvorteile der Zentrumsökonomien zulasten der europäischen Peripherie wiederzugewinnen. In diesem Sinne könnten die geforderten Eurobonds zu deutsch-französischen Staatsanleihen mutieren.

Was in diesem ganzen Prozess in schwindelerregendem Tempo stirbt, ist die Ideologie von Europa als zivilisatorischem Modell der Wohlfahrt, Prosperität und Modernität. Dieses ideologische Modell hat in Spanien jahrzehntelang als der große Sirengesang für die Mittelschichten funktioniert und bis vor kurzem dafür gesorgt, dass es eine Frage des allergrößten Konsenses war – ganz egal in welchem Sinne – „europäisch“ zu sein. An seine Stelle tritt mit ganzer Härte ein Meta-Staat, der seinen Bevölkerungen auf dem Wege scheinbar technischer Entscheidungen mit einem hohen Maß an Autoritarismus gegenübertritt. Dies wird dadurch verschärft, dass die europäische Einigung das einzige ausschließlich dem neoliberalen Dogma folgende Integrationsexperiment gewesen ist – was zur Folge hat, dass es nun kaum institutionelle und juridische Gegengewichte gibt. Was die Situation aber außergewöhnlich kompliziert macht ist die Tatsache, dass ein formelles Ausscheiden aus der EU weit davon entfernt ist, ein Szenario zu eröffnen, das sich von deren Schema finanzieller Macht entfernen könnte. Wie die postkolonialen Staaten nur zu gut wissen, garantiert der bloße Rückzug einer ausbeuterischen Wirtschaftsmacht keineswegs eine geringere Abhängigkeit – allzu häufig hält diese dennoch weiterhin die kolonialen Zügel in der Hand und verweigert den Kolonialiserten ihre Rechte. Die Europäische Union, geführt durch Deutschland in Vertretung der privaten Finanzinteressen, spielt nach der alten Taktik einer Nutzung nationaler Grenzen als Instrumente der Krisenbewältigung und Kostenabwälzung. Jedwede Politik der Wiederbetonung und Stärkung dieser Grenzen, auch in Gestalt monetärer Grenzen, spielt einer solchen Strategie in die Hände. Es geht also um Europa – allerdings um ein Europa, das es ausgehend von einer verfassungsgebenden Bewegung zu konstruieren gilt, für welche der spanische 15. Mai oder die Menschen auf den Plätzen Griechenlands nur einen ersten Prototyp darstellen.

*Übersetzung aus dem Englischen und Spanischen  
von Henrik Lebuhn und Stephan Lessenich*

## Literatur

- Blejer, Mario (2011): Europe is running a giant Ponzi scheme, in: *Financial Times*, 5. Mai.
- Brenner, Robert (2006): *The Economics of Global Turbulence*, London.
- Harvey, David (1989): *From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism*, in: Geografiska Annaler, Series B, Human Geography, 71. Jg., Nr. 1, S. 3-18.
- (1999): *The Limits to Capital*, London.
- Husson, Michel (2008): *Un pur capitalisme*, Lausanne.
- Naredo, José Manuel (1996): *La burbuja inmobiliario-financiera en la coyuntura económica reciente (1985-1995)*, Madrid.
- Naredo, José Manuel/Carpintero, Óscar/Marcos, Carmen (2008): *Patrimonio inmobiliario y balance nacional de la economía española 1995-2007*, Madrid.